

100 JAHRE EINGEMEINDUNG VON NEUHAUSEN, HOCHHEIM UND PFIFFLIGHEIM NACH WORMS¹

VON
GEROLD BÖNNEN

Wenn ein Gemeinwesen, welches eine so lange Geschichte hinter sich hat, als selbständig aufhört zu bestehen und wenn das Gemeinwesen aufhört zu bestehen auf den einstimmigen Beschluß seiner Vertretung und wir dürfen wohl sagen mit voller Übereinstimmung der ganzen Bürgerschaft, so müssen wir annehmen, daß gewichtige Gründe bestanden haben, die das berechnete Selbstgefühl eines so alten Gemeinwesens in den Hintergrund drängten und es bestimmten, einen größeren Schutz zu suchen. Und in der That, diese Gründe sind wichtig genug. Vor gut einhundert Jahren, am 1. April 1898, leitete der damalige Wormser Oberbürgermeister Wilhelm Küchler in der feierlichen öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit diesen Worten die Begründung für die am selben Tage vollzogene Eingemeindung von Neuhausen nach Worms ein.² Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, den Gründen und Hintergründen, den Voraussetzungen und den Folgen, dem Ablauf und den unterschiedlichen Interessen der Beteiligten an der ersten Eingemeindung in einem knappen Überblick nachzugehen; zunächst aus der Perspektive der Stadt Worms und ihrer Verantwortlichen, dann aus der Sicht der betroffenen Gemeinden und ihrer Bürger. Schließlich soll den Stationen nachgegangen werden, die zu den beiden Ereignissen am 1. April und am 1. Oktober geführt haben, als Hochheim und Pfiffligheim nachfolgten.

Worms war in der Zeit vor hundert Jahren eine sich in rasanter Geschwindigkeit entwickelnde Mittelstadt mit ca. 34.000 Einwohnern. Wie an vielen Orten im dama-

- 1) Der Text gibt den nur unwesentlich veränderten Vortrag wieder, den Verf. am 27. 3. 1998 bei der städtischen Feierstunde zum 100. Jahrestag der Eingemeindung in Worms gehalten hat; auf Belege im Einzelnen wurde verzichtet. Vgl. zu den Eingemeindungen und ihren Hintergründen Fritz REUTER, Karl Hofmann und „das neue Worms“. Stadtentwicklung und Kommunalbau 1882–1918, Darmstadt/ Marburg 1993 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 91), S. 101–107.
- 2) Stadtarchiv Worms Abt. 5 Nr. 6322 (6889, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung); Archivalien zu den Eingemeindungen im Stadtarchiv Worms finden sich in Abt. 5 (Nr. 1911 (allgemein), 1903 (Hochheim) 1907 und 1908 (Neuhausen), 1904 (Pfiffligheim)) und Abt. 13 (Nr. 510); Akten zu den Vororten bis 1898 sind auch in Abt. 30 (Kreisamt Worms) überliefert; vgl. dort u.a. Nr. 77 (Gemeindehäuser), 78–80 (Gemeindevermögen), 121 (Beerdigungswesen), 136 (Polizei und Gemeindediener), 246 (Feuerlöschwesen), 240–241 (Ortspläne, Fluchtlinien, Kanalisation) und 242 (Gemeinde- und Gemarkungswege).

ligen Deutschen Reich, das sich im Übergang von einem Agrar- zu einem modernen Industriestaat befand, hatten Bevölkerungswachstum und Stadtentwicklung ein atemberaubendes Tempo angenommen; Handel, Gewerbe und Industrie, in Worms bekanntlich vor allem die Lederindustrie, zogen Arbeitskräfte an; dies führte neben anderem zugleich zu einer Überfülle von Herausforderungen auch und gerade an die Städte als Gemeinwesen. Die Verantwortlichen in der Stadt wurden vor immer größere Aufgaben gestellt, wie sich rein äußerlich schon am Umfang der jährlichen Rechenschaftsberichte der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister als einer zentralen Quelle für die kommunale Entwicklung ablesen läßt (1886/87: 64 Seiten – 1898: 560 Seiten). Seit den 80er Jahren standen notwendige kommunale Bauvorhaben wie Schulen, Straßenbau und Versorgungseinrichtungen auf der Tagesordnung, zudem brachte die Sozialgesetzgebung im Reich und im Großherzogtum Hessen (wo z.B. erst im Jahre 1893 ein richtungweisendes Gesetz über die Wohnungsfürsorge in Kraft getreten war³⁾ für Stadt und Staat völlig neue Aufgaben der Daseinsvorsorge mit sich; die Verwerfungen der rasch voranschreitenden Industrialisierung wurden immer spürbarer. Worms veränderte sein Gesicht, es drängte über seine alten, wenig günstig gelegenen Gemarkungsgrenzen hinaus, vor allem Richtung Neuhausen. Die immer großzügigeren Planungen in der Zeit von Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister Kückler, etwa für erweiterte Bahnhofsbauten und einen neuen Friedhof, bedurften zusätzlichen Raumes, der nur auf dem Wege der Eingemeindung benachbarter Gemeinden zu erlangen war. Aus städtischer Sicht ging es bei der Frage der Eingemeindung also um das vitale Interesse an Planungshoheit und Möglichkeiten zur großzügigen Weiterentwicklung der Nibelungenstadt, die sich gerade anschickte, mit der im März 1900 eingeweihten Straßenbrücke den Rhein zu überqueren.

Ganz anders stellte sich die Situation für die von der geplanten Eingemeindung betroffenen Gemeinden dar, wobei man zwischen Neuhausen auf der einen Seite und Hochheim und Pfifflicheim auf der anderen Seite deutlich unterscheiden muß. Neuhausen war unvergleichlich stärker von der industriellen Entwicklung der Stadt betroffen. Der Arbeitersiedlungsbau hatte mit samt weiteren Planungen auf die Gemeinde mit ihren ca. 2000 Einwohnern (das bedeutet gegenüber 1880 eine Vervielfachung!) übergegriffen.⁴⁾ Es nimmt daher nicht wunder, daß bereits seit einigen Jahren von einer Eingemeindung die Rede war, an der Worms starkes Interesse haben mußte. Entsprechende Pläne wurden jedoch zunächst noch von Neuhausen ablehnend beurteilt. Den Ausschlag dafür, daß dann 1897/98 recht rasch und einvernehmlich die 'Verschmelzung' durchgeführt werden konnte, liegt in den sich verschärfenden finanziellen und sozialpolitischen Problemen, derer man mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr beikam, und den der Gemeinde auferlegten Lasten und Schwierigkeiten. Um einen direkten Eindruck von der Zeitstimmung

3) Dazu Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK, Städtische Sozialpolitik vom Wilhelminischen Reich bis zur Weltwirtschaftskrise. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung am Beispiel der Stadt Mainz 1890–1930, Stuttgart 1994 (Geschichtliche Landeskunde 41), S. 145.

4) Zu Neuhausen vgl. jetzt Joachim SCHALK, Neuhausen in Geschichte und Bildern, hg. v. Heimat- und Kulturverein Neuhausen e.V., Worms 1996, v.a. S. 24f.

zu geben, sei nochmals Oberbürgermeister Küchler zitiert. Es heißt im Protokoll zu den Folgen des Bevölkerungswachstums: *Ein Zuzug, so rapid, von Arbeiterbevölkerung, daß ganz neue Straßen entstehen mußten, hat Lasten in reichem Maße gebracht, ohne der Gemeinde das Aequivalent einer entsprechend gestiegenen Steuerkraft zu bieten, die Schulden nahmen zu, die Lasten nahmen zu, die Steuerkraft der Bevölkerung ist nicht in gleichem Maße gestiegen. Dazu kommt aber noch, daß mit den gestiegenen Lasten eine Summe von Aufgaben dem Gemeindegewesen gestellt worden sind, welche von einer derartigen ehrenamtlichen Verwaltung nicht mehr gelöst werden konnte. Wir haben gesehen, unter welchen Zuständen die Straßen und äußeren Erscheinungen des Ortes, der früher so schön und ruhig gewesen ist, gelitten hat; wir haben gesehen, welche Summe und welche Mittel nöthig sind, um die Gemeinde in sanitärer Beziehung und mit Bezug auf das Wohlbefinden der Bürgerschaft auf normale Zustände zu bringen.*⁵ Als 'durchschlagendster Grund' für den Anschluß an Worms wird hier also die überbordende soziale und finanzielle Last der Gemeinde herausgestellt. Im Jahre 1894 hatte der Neuhauser Gemeinderat ein Wormser Ansinnen noch abzulehnen vermocht – innerhalb der letzten vier Jahre hatte sich die Situation offenkundig so zugespitzt, daß der Schritt nach Worms unausweichlich geworden war. Dabei waren Neuhausen, wie auch den anderen Vororten, einige Zugeständnisse gemacht worden. Dennoch blieb der seinerzeitige Bürgermeister Oswald ein erklärter Gegner des Projekts und lehnte die für ihn vorgesehene Position als Standesbeamter in Neuhausen ab, was prompt mit der Auflösung des Standesamtes beantwortet wurde.

Wie lag der Fall nun bei Hochheim und Pfiffligheim?⁶ Hier waren es die Gemeinden, die zum Ende des Jahres 1897 dem Interesse der Stadt vorkamen (vor allem gilt dies für Hochheim) und ihrerseits den Anstoß zur Eingemeindung nach Worms gaben. Interessant ist, daß beide Orte trotz zu dieser Zeit noch geringerer Verwobenheit und Verflechtung mit Worms und seiner Industrie und trotz ausgeprägterer ländlich-dörflicher Strukturen als in dem Arbeitervorort Neuhausen auf eine Vereinigung mit Worms zustrebten. In den beiden Gemeinden waren die Einwohnerzahlen stark gestiegen, Pfiffligheim hatte 2200, Hochheim knapp 1600 Einwohner; der Anteil der in der Wormser Industrie Beschäftigten war steigend. Die Gemeinden mit ihren ehrenamtlich tätigen Gemeinderäten fühlten sich angesichts der bevorstehenden Aufgaben zu recht überfordert: Schulbau und Lehrerstellen, Ver- und Entsorgung mit Gas, Wasser und Abwasser sowie Straßenbau und -beleuchtung standen in den kommenden Jahren unweigerlich auf der Tagesordnung und das angesichts einer sehr angespannten finanziellen Lage. Es mag aus heutiger Sicht erstaunen, daß die überwiegenden Ausgaben des Gemeindehaushalts schon damals auf das Armen- und Wohltätigkeitswesen entfielen, also die Unterstützung Bedürftiger. Den Vorortgemeinden fehlten Einkünfte, es fehlte ein eigener Mittelstand, die sozialen Probleme drohten sich weiter nach dort zu verlagern. Es war daher durchaus mutig und zeugt von der Weitsicht der damals Beteiligten, daß die

5) Wie Anm. 2.

6) Vgl. dazu die Arbeit von Detlev JOHANNES, Worms-Pfiffligheim und Worms-Hochheim. Alte Dörfer – neue Stadtteile. Ein geschichtliches Lesebuch, Alzey 1998, v.a. S. 60–64.

Gemeindevertreter von Hochheim und Pfiffligheim von sich aus die Anlehnung an die dynamisch aufblühende Stadt suchten, obwohl beide auf den ersten Blick noch weit außerhalb der wachsenden Stadt lagen. Daß die Ratsmitglieder dabei auf alles andere als auf Zustimmung rechnen durften, zeigt die nicht nur begeisterte Stimmung in den beiden Gemeinden. Einen indirekten Ausdruck gab dieser Stimmung u. a. die Wormser Zeitung, in der Mitte Dezember 1897, also nach dem Beschluß des Gemeinderates vom November zum Zusammenschluß mit Worms ein Artikel zur Frage der Eingemeindung erschien. Es heißt hier daß *diese Frage von den Bürgern Hochheims vielfach besprochen*⁷ wird. Der Kommentator fährt dann fort und macht eine wichtige Beobachtung wenn er feststellt: *Dabei macht man die Beobachtung, daß sich Viele nicht klar sind über die finanzielle Stellung der Gemeinde für die nächsten Jahre.* In der Folge werden die laufenden und künftigen finanziellen Belastungen für die Kanalanlage, das Schulhaus, eine weitere Lehrerstelle, den Chausseebau u. a. angeführt und die simple Tatsache ins Gedächtnis gerufen, daß die Steuerquote und damit die Belastung des einzelnen weit über das Wormser Maß steigen müsse. Im folgenden Abschnitt werden die auch vom Gemeinderat gegenüber der Stadt vorgebrachten Bedingungen bzw. Wünsche geäußert. Es drängt sich der Eindruck auf, daß der Artikel durchaus von seiten des Gemeinderates in die Zeitung lanciert worden sein kann. Für beide Gemeinden suchte man demnach zu erreichen, daß ein Standesamt erhalten bleibt, daß man bis zur nächsten Wahl in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist, daß die Gemeindebediensteten (Polizeidiener und Feldschütz) in städtische Dienste übernommen werden, daß Straßenbau und -beleuchtung, Ver- und Entsorgung durch die Stadt erfolgen und daß – wie es heißt – *der Charakter einer ländlichen Gemeinde erhalten* bleiben soll. Diese interessante Formulierung, die auch für das sich rasch industrialisierende Neuhausen verwendet wurde, bezieht sich auf den Charakter der zu verabschiedenden Bausatzungen. Der Wunsch läßt erkennen, daß man sich mit dem Beitritt zur Stadt keineswegs automatisch als Städter fühlte, sondern die immer noch bestimmenden ländlichen Traditionen und Verhaltensweisen in der Stadt weiterzupflegen gedachte. So war es auch folgerichtig, daß in dem genannten Zeitungsartikel der Schlachthauszwang für Hochheim zugunsten des Fortbestehens von Hausschlachtungen abgelehnt wurde. Interessanterweise war übrigens auch der Hochheimer Bürgermeister Gorth – wie sein Kollege im benacharten Neuhausen – ein strikter Gegner der Eingemeindung, was jedoch an der Entwicklung nichts mehr zu ändern vermochte.

Wie schwierig insbesondere die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Pfiffligheim waren, zeigt ein Schriftwechsel mit dem Kreisamt über die Einführung einer geplanten, eigentlich nur Städten zustehenden zusätzlichen Gemeindesteuer auf Fleisch und Bier vom Beginn des Jahres 1897.⁸ Diesen Plänen wurde seitens der Arbeiterbevölkerung im Wege einer von 134 Personen unterzeichneten Petition an das Ministerium des Innern und der Justiz nach Darmstadt Widerstand entgegen gesetzt. Das Vorbild für die Erhebung dieser Abgabe war offenbar Worms selbst, wo

7) Wormser Zeitung vom 14. 12. 1898 (StadtA Wo Abt. 228).

8) Das folgende nach StadtA Wo Abt. 30 Nr. 80 (Kreisamt Worms, Gemeindevermögen Pfiffligheim).

– jedoch unter ganz anderen Umständen – die unbeliebte (aber angesichts des unübersichtlichen Steuersystems unverzichtbare) Sonderzahlung seit 1883 auf Fleisch, Bier und Kohle erhoben wurde. Der Pfiffligheimer Bürgermeister Geiger nahm zu dieser nach seinen Worten unbegreiflichen Agitation – unterstützt von seinem Gemeinderat – unter anderem wie folgt Stellung: *Die Petition gegen das Fleischoctroi (...) ist von denjenigen Gemeindeangehörigen eingebracht, welche uns zur Aufnahme unserer bedeutenden Schuldenlast zwingen. Durch starken Zuzug der Fabrikarbeiter aus der Stadt mußten die bestehenden gemeinheitlichen Anstalten vergrößert werden wie z. B. die Schule. Die Beschaffung eines neuen Friedhofs ist unverhältnismäßig rasch erforderlich geworden. Durch Anlage neuer Straßenzüge infolge des Zuzugs, durch die damit erforderlich gewordene Kanalisation sind uns enorme Kosten entstanden;* ganz ähnliche Verhältnisse also wie in Hochheim. Im folgenden werden weitere Argumente aufgeführt, die einen Einblick in die keineswegs rosige Situation der Gemeindefinanzen zulassen. Dieses und andere Schreiben lassen zugleich erkennen, daß zwischen den eingesessenen Landwirten und Handwerkern zum einen und den zugezogenen Arbeiterinnen und Arbeitern, deren Zahl in einem der zitierten Schreiben auf etwa 400 geschätzt wird, massive Interessengegensätze bestanden. Das Ausmaß an sozialem Sprengstoff wird in der Formulierung erkennbar, man sei *Elemente aufzunehmen gezwungen*, die zur Steigerung der Ausgaben in unverhältnismäßiger Weise beigetragen hätten. In einem anderen Schreiben vom Februar 1897 an das Kreisamt heißt es: *Die Städte schaffen ihre Fabrikarbeiter auf das Land, weil sie wissen, daß die Städte damit nur belastet werden. Sie sind die Klugen, und die Landgemeinden die weniger Klugen.* Die bevorstehende Vermehrung der zusätzlichen Gemeindeeinrichtungen wird somit einseitig den Fabrikarbeitern angelastet. Die Herkunft und der traditionell bäuerlich geprägte Hintergrund der im Dorf tonangebenden Gemeinderäte, die bekundeten, sie hätten die *Mehrzahl unserer Einwohnerschaft* hinter sich, werden auch aus folgender Bemerkung ersichtlich: *Die Arbeiter lassen ihre Arbeitskraft in Worms, dort werden Reichtümer erworben und die Landwirthe der umliegenden Gemeinden haben die Lasten zu tragen, zu einer Zeit, wo die Landwirthe gewiß nicht mit Rosen gebettet sind.* Hier zeichnen sich soziale Probleme ab, die im Grunde nur durch eine Eingemeindung und damit eine gleiche Verteilung der Lasten auf alle lösbar waren. Die Gereiztheit der Stimmung war auch den Verantwortlichen in Worms, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Küchler bzw. seinem seit dessen Weggang nach Darmstadt im Juli 1898 amtierenden Nachfolger Heinrich Köhler (gest. 1924) durchaus bewußt. Angesichts der hier deutlich werdenden finanziellen Probleme bei den 'Beitrittskandidaten', vor allem im Falle von Pfiffligheim, und den damit der Stadt bevorstehenden Investitionen mag es erstaunen, wie rasch und entschlossen es dann doch zu der Eingemeindung gekommen ist. Das Interesse der Stadt an einer weiteren Fortentwicklung war offenbar erheblich größer als die Angst, verschuldete (Pfiffligheim 30.000 Mark) und in den kommenden Jahren viel Geld verschlingende Gemeinden in den Stadtverband aufzunehmen. In der Tat hat Worms mit seinen nun ca. 40.000 Einwohnern in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die neuen Vororte an das Niveau der Stadt anzugleichen. Seinen äußeren Ausdruck fand diese Anbindung im wörtlichen Sinne in der im Jahre 1906 eröffneten Straßenbahn

sowie mit Schul-, Kanal- und Straßenbauten. Zu dem angesichts heutiger Planungszeiten erstaunlich kurzfristig anmutenden Ablauf des Geschehens, das für Hochheim und Pfiffelgheim im wesentlichen zwischen Dezember 1897 und dem 1. Oktober 1898 abgeschlossen war, trug auch bei, daß man sich auf Wormser Seite bei den eigentlichen Verhandlungen nur mit wenigen wirklich problematischen Forderungen bzw. Wünschen der neuen Vororte konfrontiert sah. So konnten beide Gemeindevertretungen die Vorlage beschließen, die nach der Genehmigung durch Großherzog Ernst Ludwig zum 1. 10. 1898 in Kraft treten konnte. Auch diesmal versammelten sich die Stadtverordneten sowie eine Reihe von Mitgliedern der Gemeinderäte von Hochheim und Pfiffelgheim zu einer feierlichen öffentlichen Sitzung, nun unter der Leitung des neuen Oberbürgermeisters. Daß die Stadt die Eingemeindungen finanziell gut verkraftet hat, zeigt ein Blick in den im Februar 1900 von Köhler vorgelegten Verwaltungsrechnungsjahresbericht, in dem es lapidar heißt *Die Finanzen der Stadt anlangend, kann bezügl. des Verwaltungsjahres 1898/99 nur Günstiges berichtet werden*. In der Rückschau nach einhundert Jahren ist festzustellen, daß keiner der beiden Seiten als Verlierer anzusprechen ist; vielmehr zogen beide bzw. alle vier Seiten deutlichen Gewinn aus der Eingemeindung, gegen die sich dann auch kaum noch eine Stimme erhob. Die Entwicklung der Stadt ging in den folgenden Jahren in westliche und nördliche Richtung, etwa im Bereich des Baues von Arbeiterwohnsiedlungen und in der Frage des neuen Friedhofes. Unter maßgeblicher Initiative des Fabrikherrn und führenden Politikers Cornelius Wilhelm von Heyl, der den Wohnungsbau für die Arbeiterschaft stark propagiert hatte, wurden in den kommenden Jahren an der Peripherie der Stadt neue Siedlungen gegründet. Bemerkenswert ist auch die Vorgeschichte des neuen Hochheimer Friedhofes: Bereits 1892 hatte die Stadt das Gelände angekauft und noch bevor die Eingemeindung geklärt war, hat der städtische Bauausschuß eine Grundsatzentscheidung für das Konzept des dort zu errichtenden Friedhofes getroffen, der im Jahre 1902 seinen Betrieb aufnehmen konnte. Im Rückblick erstaunt die Weitsicht der damals Handelnden und ihr Mut zu großzügigen, zukunftsgerichteten Planungen, die durchaus ein Vorbild auch für heutige Stadtplanung sein kann. Der Stadt blieben noch 16 Jahre friedlicher Aufbauarbeit, bis der Erste Weltkrieg einen schweren, in seinen Folgen nicht leicht zu überschätzenden Einschnitt in ihrer Aufwärtsentwicklung markieren sollte. Zu diesem Zeitpunkt waren die drei eingemeindeten Vororte bereits selbstverständliche Bestandteile der Stadt, ohne jedoch ihren eigenen Charakter verloren zu haben.